Nummer 207 – 19. Jahrgang

Sonnabend, den 8. September 1923

Oberschlesische Zeitung

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 200000 M

Erscheint werktags. Bezugspreis: Ausgabe A mit illustrierter Beilage wöchentlich 1 905 000 Mark, Ausgabe B ohne illustrierte Beilage wöchentlich 1 500 000 Mark. Anzeigenpreis geöffnet: Lokalanzeigen: Die 10spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 100 000 Mark. Oberschlesien 120 000 Mark.

Redaktions-Fernruf Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Fernruf Beuthen 56

Außerhalb Oberschlesiens und amtliche Anzeigen 200 000 Mark. Reklamezeile Oberschlesien mm 400 000 Mark. Außerhalb Oberschlesiens mm 500 000 Mark. Redaktion und Geschäftsstelle Beuthen O.-S., Piekarerstraße 9.

Italien besetzt weitere Inseln.

Rom, 8. Sept. Offiziell wird folgende Erklärung abgegeben: Heute wurden die Maßnahmen zur Besetzung von Nxos durchgeführt. Weiter werden die Inseln Hasco, Fano, Samotraki besetzt. Die Besetzung erfolgte ungehindert. Die Schiffe sind stationiert vor der Insel Laros, die den Türken noch nicht übergeben wurde. Die Gegenwart der Schiffe im Aegäischen Meer hat den Zweck, den Versuch der griechischen Regierung, die Aegäischen Inseln anzureizen, die Republik auszurufen, zu hintertreiben. In Korfu ist die Lage unverändert. Der Admiral Simonotti hat das Gendarmerie-Eleven-Korps aufgelöst und den englischen Kommandeur seines Amtes enthunden. Die Gendarmerie-Station wurde von italienischen Truppen übernommen. Die kleinasiatischen Flüchtlinge sind nach der Insel Kalikidia überführt worden, wo sie zu öffentlichen Arbeiten herangezogen werden. Der Gouverneur hat verfügt, daß alle Flüchtlinge eine angemessene Unterstützung erhalten.

Neueste Nachrichten.

In Berlin kostet von heute ab ein markenfreies Brot 2 800 000 Mk.

Die Reichsbank teilt mit: Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars betrug am 7. September 53 000 000 Mk.

Wie wir erfahren, wird zum Kommissar für die Devisenerfassung der Geheime Regierungsrat und Vortragende Rat im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Hellinger ernannt werden.

Nach dem katastrophalen Niedergang der Mark trat gestern Nachmittag ein plötzlicher Umschwung ein. An der Newyorker Börse ging der Dollar bis 28 Millionen Mark zurück. Nach den Schluß-Notierungen stellte sich die Mark in Newyork auf 33,3 Millionen auf dem Geld- und auf 30,7 nach dem Briefkurs. Die am Freitag hier genannten Devisenkurse hatten sich der Markbesserung im Ausland rasch an.

Die deutsche Botschaft in Paris, London und die Gesandtschaft in Brüssel sind angewiesen worden, den dortigen Regierungen eine Protestnote wegen der rechtswidrigen Besetzung deutscher Beamtenstellen durch französische Beamte, auf Veranlassung der Interalliierten Rheinlandkommission, zu übergeben.

Durch Schiedsspruch des Schlichtungs-Ausschusses Berlin ist gestern den Bäckergesellen ein Wochenlohn von 111 Millionen Mark zugesprochen worden.

Italien verlangt von Griechenland Erstattung der Besatzungskosten.

Athen, 8. September. Nach hiesigen Blättermeldungen soll die italienische Regierung von der griechischen Regierung eine weitere Summe von 15 Millionen Lire für die Deckung der Besatzungskosten Korfus verlangt haben.

Ungarische Sympathien für Italien.

Budapest, 7. September. Der Verein der „erwachenden Ungarn" brachte Sympathiekundgebungen für Italien und meldete einen Demonstrationszug zur italienischen Gesandtschaft an. Dort sollte der italienische Gesandte ungarisch und italienisch begrüßt werden. Diese Demonstration wurde aus Gründen der außenpolitischen Lage verboten, desgleichen der offizielle Anschlag diesbezüglicher Plakate.

Die Epiroten benützen Dum-Dum-geschosse.

Rom, 7. September. Die Untersuchung der ernordeten Mitglieder der italienischen Militär-Kommission von Janina wurde unter der Leitung eines von der griechischen Regierung gestellten Autonomieprofessors durchgeführt. Sie ergab daß alle Wunden der einzelnen Opfer des Mordes durch Dum-Dum-Geschosse hervorgerufen wurden. Die Konstatierung dieses Umstandes hat für die Feststellung der Schuldigen eine ausschlaggebende Bedeutung, da es erwiesen ist, daß die epirotischen Banden sich der Dum-Dum-Geschosse bedienen.

Curzons Warnungsruf.

London, 7. Sept. Lord Curzon erklärte in einer in Wales gehaltenen Rede, die augenblicklich in England am Ruder befindliche konservative Regierung arbeite nicht gut. Frankreich knie auf dem hingestreckten Deutschland und Italien erwürge Griechenland. Zugleich riefen sie England zu: „Hände weg!" Im Jahre 1914 habe man diesen Ruf nicht gehört, aber jetzt, wo England die Arbeit für sie geleistet hat, heißt es: „England, Hände weg!" Inbezug auf Italien erklärte er, alle Telegramme aus Genf, so sehr sie auch — was klar sei — inspiriert seien, könnten die Tatsache nicht verheimlichen, daß England eine ernste Zurückweisung erfahren habe.

Der Devisen-Kommissar.

Aus Berlin wird uns mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat sich angesichts des neuen Zusammenbruchs der Mark zu außerordentlichen Maßnahmen entschlossen. Durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten ist ein eigener Reichskommissar zur Erfassung der Devisen bestellt worden. Dieser Devisen-Kommissar wird mit unbeschränkten Vollmachten ausgestattet. Er hat die Aufgabe eine möglichst vollständige Erfassung aller derjenigen Devisen durchzuführen, die nicht produktiven Zwecken dienen. Dabei ist der Begriff Devisen in weitestem Sinne aufzufassen. Es handelt sich nicht nur um die eigentlichen Devisen, nur ausländische Wechsel usw., sondern auch um sämtliche ausländische Noten, aber auch Wertpapiere, Edelmetalle und Rohstoff-Vorräte, die nicht dem legitimen Bedarf des Handels und des Verkehrs dienen. Die in Privathänden befindlichen Devisen, ausländischen Zahlungsmittel und Wertpapiere werden durch eine spätere, aber heute schon vorgesehene Maßnahme auf dem Wege des Deklarationszwanges und eidesstattlicher Versicherung erfaßt werden. Nach allen bisherigen Erfahrungen darf man nun freilich auch von diesen neuen scharfen Bestimmungen nicht erwarten, daß sie einen restlosen Erfolg haben. Aber es wäre schon viel gewonnen, wenn auch nur ein Teil der bisher zum Schaden der Währung aufgesammelten und zurückgehaltenen Devisen durch diese neue Erfassungsstelle herauskämen. Im übrigen werden drakonische Strafbestimmungen für jede Verheimlichung und Zurückhaltung den Anreiz für das Aufsteigen nehmen müssen. Der Reichskommissar wird alle Befugnisse zur Erlangung der Devisennoten und Wertpapiere erhalten, die ihm zur Lösung seiner Aufgabe als zweckdienlich erscheinen. Zu diesem Behuf sind Vorkehrungen getroffen, daß dem Reichskommissar alle notwendig erscheinende, gegebenenfalls auch polizeiliche Unterstützung der einzelnen Länder zuteil wird. Diese polizeiliche Mithilfe wird in Betracht kommen und notwendig sein bei unmittelbaren gegebenenfalls auch auf dem Wege von Haussuchungen und Beschlagnahme von Wuchern, wie aber auch bei Beschlagnahme von solchen Devisenvorräten selber. Denn derartige weitgehende Befugnisse der unmittelbaren Nachforschungen an Ort und Stelle sollen dem Reichskommissar überlassen werden. Verschwiegene oder falsch deklarierte Bestände an Devisen müssen entschädigungslos eingezogen werden, außerdem beabsichtigt man, mindestens den doppelten Gegenwert dieser Devisen außerdem als Strafe gegen die Betreffenden zu verhängen.

Mit dieser Notverordnung des Reichspräsidenten aber ist nur ein Teil derjenigen Maßnahmen umschrieben, die die Reichsregierung jetzt treffen muß, und mit deren Ausarbeitung sie sich gegenwärtig befaßt. Eine Hergabe der Devisen ohne vollwertigen Ersatz in werbeständigen Zahlungsmitteln würde kaum von Wirkung sein. Daher sind alle Anstrengungen der Reichsregierung jetzt darauf gerichtet, in einem Zeitraum von Tagen eine neue Währung zu schaffen. Von den der Reichsregierung vorliegenden zwei Projekten einmal der Schaffung einer Roggen-Renten-Bank und der Roggennote und zum andern einer Goldnoten-Bank und der Goldnote scheint die Reichsregierung sich nun auch für letzteren Plan entscheiden zu wollen. So sehr man eine Roggennote für ein Uebergangsstadium und namentlich im Hinblick auf die Vorsorge vor einer möglichen Ernährungskrise schätzte, so haben doch die Bedenken, daß sich der Staat allzu sehr von einem ganz bestimmten Projekt zuneigen lassen. Man bemüht sich jetzt darum, eine Verbindung der beiden Projekte zu schaffen dadurch, daß neben dem von der privaten Wirtschaft als Grundlage der neuen Goldnotenbank zu beschaffenden Devisen-Fonds auch die in dem Roggenplan vorgesehene hypothekarische Belastung des land- und forstwirtschaftlichen, wie aber auch industriellen Grundbesitzes mit einer Goldhypothek übernommen wird. Die Verhandlungen über diese Dinge stehen vor dem Abschluß. Ist erst ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen, dann wird die jetzt immer wieder gegebene Begründung, daß ja keine sonstigen wertbeständigen Zahlungsmittel vorhanden seien, in Wegfall kommen. Jetzt dürfen Devisen nur noch zu produktiven Zwecken erworben werden. Wer anders handelt, versündigt sich an Volk und Vaterland, und wer jetzt noch Devisen zurückhält und mit ihrem Besitz prunkt, muß als Verräter an seinem Volke und an seinem Vaterlande vor aller Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden!

*

Berlin, 8. September. Die in der Presse erschienenen Mitteilungen über die Einsetzung eines Kommissars für die Devisenverfassung wurden vielfach dahin mißverstanden, daß eine allgemeine Devisenbeschlagnahme beabsichtigt sei. Demgegenüber ist festzustellen, daß die für den Handel, die Banken und die Industrie erforderlichen Devisen nicht angetastet werden.

Ferner wurde aus der Tatsache der Einsetzung des Kommissars der irrige Schluß gezogen, als sei dem von der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie beratenen Projekten damit ein Hindernis in den Weg gelegt. Die Regierung wünscht nach wie vor die nachdrücklichste Förderung dieser Projekte. Es wird eine der Aufgaben dieses Kommissars sein, sich in den Dienst der Bestrebungen zu stellen. Jedenfalls ist, soweit die Wirtschaft in Frage komme, die Auffangung von Devisen in organischer Weise, wie sie jene Projekte vorsehen, der von der Regierung beabsichtigte Weg.

Unterdrückung der Deutschen in Italien.

Trient, 7. September. Die Blätter veröffentlichen eine Verordnung des Präfekten, derzufolge jeder Alpenverein aufgelöst wird, der nicht eine Sektion des Klubs Alpini Italiano bildet. Die Güter, sowohl die beweglichen, wie auch die unbeweglichen, gehen mit allen Rechten und Pflichten in den Besitz des Klubs über, der dem Präfekten innerhalb von vier Monaten geeignete Vorschläge hinsichtlich der Einteilung der aufgelösten Körperschaften einzureichen hat. Diese Verordnung bedeutet eine Verfolgung des Deutschtums in Tirol. Alle dort bestehenden Alpini-Vereine müssen im Alpin-Italiano aufgehen.

Beamten-Abbau.

Die Blätter veröffentlichen den Entwurf des Gesetzes über den Beamtenabbau, der sich gegenwärtig im Reichsfinanzministerium in Vorbereitung befindet. Der Entwurf sieht sieben Fälle zur Beschleunigung des Abbaues der Beamtenschaft vor und zwar:

1. Versetzung von Reichsbeamten über 65 Jahre in den Ruhestand.
2. Pensionierung von Reichsbeamten im Alter von 60 Jahren.
3. Bei planmäßig abzubauenden Behörden wird die einstweilige Versetzung entbehrlicher Reichsbeamter in den Ruhestand erfolgen.
4. Freiwillig ausscheidende, lebenslänglich angestellte Beamte können, sofern sie für die Verwaltung entbehrlich sind, auf ihren Antrag aus dem Dienst ausscheiden.
5. Beamte, die nicht lebenslänglich angestellt und entlassen werden oder freiwillig ausscheiden, können Abfindungssummen gewährt werden, die für jedes zu leistende Dienstjahr ungefähr ein Monatseinkommen betragen und bei Beamten von mehr als 16 und mehr Dienstjahren den Höchstbetrag, das vierzehnfache, erreichen.
6. Zuschüsse zu den Umzugskosten können in den Fällen 4 und 5 gewährt werden.
7. Auch den Versorgungsanwärtern kann bei ihrem Ausscheiden ein dreifaches Monatseinkommen als Abfindung gewährt werden.

Aehnliche Maßnahmen sollen durch Reichsgesetz auch für die Länder als bindend erklärt werden.

Der passive Widerstand wird aufrechterhalten.

Aus Berlin wird uns mitgeteilt:

In Beratungen, die die Abgeordneten und sonstigen führenden Persönlichkeiten aus dem besetzten Gebiet dieser Lage mit dem Reichskanzler und mit der Reichsregierung hatten, haben ergeben, daß von den berufenen Stellen niemand für eine Aufgabe des passiven Widerstandes zu haben sein wird, ehe nicht Aussicht für eine ehrenvolle Beendigung des Ruhrkonfliktes gegeben ist. Daß die heutige Methode der Führung des passiven Widerstandes, namentlich aber seine Finanzierung zu Unzuträglichkeiten, ja zu direkten Unmöglichkeiten geführt hat, ist nicht zu bestreiten. Indessen wird diese Waffe nicht eher aus der Hand gelegt, bis die von der Reichsregierung jetzt in erhöhtem Maße betriebene außenpolitische Aktivität erkennen läßt, daß wir mit Frankreich zu dem Ziele der wirtschaftlichen Verständigung kommen. In den Besprechungen mit dem Reichskanzler haben der Zentrumsabgeordnete v. Guerard, der Kölner Oberbürgermeister Adenauer und die in Köln führende Wirtschaftspersönlichkeit, Kommerzienrat Hagen dahingehende Erklärungen als Auffassung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung abgegeben und zugleich allen Bestrebungen einer kleinen, in der Bevölkerung ja absolut nicht verankerten Minderheit auf Schaffung einer rheinischen Republik oder sonstiger Lostrennung die schärfste Absage erteilt. Es wurde auch erklärt, daß die rheinische Bevölkerung jeden Versuch Frankreichs zur Schaffung eines autonomen Rheinstaates, ein Versuch, der jetzt auch auf dem Umwege über die Ersetzung deutscher Beamten durch französische in die Wege geleitet wird, mit aller Schärfe ablehnen.

Ernste Lage im Reiche.

London, 8. September. Wie in hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, hat der englische Botschafter in Berlin, Lord d' Abernon, seine beabsichtigte Reise nach England angesichts der kritischen Lage in Deutschland bis auf weiteres aufgeschoben.